



Ist die Entwicklung noch zu stoppen?

Energiekrise – Wettbewerbsverluste – Innovationsdesaster

Der Krieg in der Ukraine hat nicht nur eine Zeitenwende in der bis dahin weitgehend von der westlichen Welt als stabil angesehenen Sicherheitspolitik eingeleitet, sondern zeitigt zunehmend gravierende kurz- und langfristige wirtschaftliche Auswirkungen, die bereits jetzt aufgrund steigender Insolvenzen die Wirtschaftsstrukturen beschädigen und insbesondere auch die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands und Europas gravierend beeinträchtigen. Die aufgrund der Inflation und des rasanten Anstiegs der Energie- und Rohstoffpreise von der Politik beschlossenen und geplanten Ausgleichs- und Entlastungsmaßnahmen reichen bei weitem nicht aus, um dem vorhersehbaren wirtschaftlichen Niedergang wirksam zu begegnen.

Alarmsignale: Wettbewerbsverluste und Aufgabe von Betrieben

Die rasant angestiegenen Energie- und Rohstoffpreise haben den nationalen und internationalen Wettbewerb der produzierenden Unternehmen grundlegend verändert. Im lokalen und nationalen Wettbewerb haben sich damit die Produktionskosten so drastisch erhöht, dass die damit verbundenen Preissteigerungen für bestimmte Produkte we-

gen des inflationsbedingten Kaufkraftverlustes bei Käufern nicht mehr durchgesetzt werden können. Da Europa nicht über eigene nennenswerte Energie- und Rohstoffreserven verfügt, ist Europa gezwungen, auch künftig Energieträger und Rohstoffe mit hohen Einkaufspreisen aus dem außereuropäischen Ausland (beispielsweise aus den Vereinigten Staaten, Afrika, dem nahen Osten, Lateinamerika und Asien) zu beziehen. An dieser Situation wird sich auch grundsätzlich nichts ändern, da die Politik in Europa angesichts hoher Staatsverschuldung über längere Zeit den Ankauf von Energieträgern und Rohstoffen nicht subventionieren kann.

Die Aufgabe von energie- und rohstoffabhängigen Unternehmen durch deren Inhaber ist ein sehr deutliches Alarmsignal. Von dieser Entwicklung sind nicht nur Unternehmen der metallverarbeitenden Industrie, der chemischen und pharmazeutischen Industrie und der Glas- und Keramikindustrie betroffen, sondern dies betrifft z.B. auch die Produktion von Backwaren einer mittelständischen Bäckerei, die über Generationen hinweg erfolgreich als Familienbetrieb geführt wurde. Im besonderen Maße sind von dieser Entwicklung auch Betriebe in den neuen Bundesländern betroffen, die bislang keine staatliche Hilfe erhalten haben, und die auch nicht in der Lage waren, ausreichende Rücklagen zur Neuorientierung und

zum Überstehen der gegenwärtigen Krise zu bilden.

Nach der massenhaften Schließung von Betrieben aufgrund der Covid-Pandemie, insbesondere in den Innenstädten, ist dies die zweite Welle von Betriebsschließungen, die besonders hart den Mittelstand mit dessen sehr hohem Beschäftigungsanteil an der Gesamtbeschäftigung trifft. Ein Ausweg aus der gegenwärtigen Krise ist nur denkbar, wenn sich die Rohstoff- und Lebensmittelpreise wieder auf ein normales Maß einpendeln, und es gelingt, durch neue Verfahren und Techniken in energie- und rohstoffintensiven Produktionsprozessen deren Kosten drastisch zu senken. Aber selbst wenn dieses gelingen sollte, bleibt der Wettbewerbsnachteil Europas gegenüber Ländern wie z.B. den Vereinigten Staaten und China aufgrund russischer Zulieferungen, das damit dann über billige Energieträger und Rohstoffe verfügen kann, weiter bestehen. Das bedeutet gemäß eines kürzlich veröffentlichten Leitartikels, dass Europa aufgrund dieser Situation ernsthaft in Gefahr ist, sich, was energie- und rohstoff-intensive Produktionsprozesse anbelangt, in ein technisches Museum zu verwandeln.

Europäisches Innovationsdesaster

Da der Ablauf von Innovationsprozessen sehr komplex ist, werden in dem

folgenden Abschnitt zum Verständnis erst einmal ausführlich die einen solchen Prozess bestimmenden Faktoren erläutert.

Das Innovationsgeschehen wird nach Analyse und Bezeichnungen des Autors von dem Zusammenwirken sogenannter „**Innovationsfaktoren**“ bestimmt, die als Voraussetzungen für einen Innovationsprozess vorhanden sein müssen, die konkrete Beiträge zu dem Prozess leisten, und die auch einzeln gesondert zu betrachten sind. Diese Innovationsfaktoren sind im Einzelnen:

- Vorhandensein einer **wissenschaftlich-technischen Infrastruktur**, die für Innovationen genutzt werden kann. Eine solche Infrastruktur kann sehr bescheiden sein, wie z.B. eine, wie auch immer geartete Werkstatt, oder auch sehr komplex, wie z.B. ein Forschungslabor. Die Mehrzahl der vorhandenen Labors in Forschung und Industrie werden derzeit nur zeitlich begrenzt genutzt.
- selbst erarbeitetes und/oder erfasstes **Wissen**. Angesichts globaler Entwicklungen gewinnt der Zugriff zu Wissen über internationale Entwicklungen und Wissensstand zunehmende Bedeutung. Global Player nutzen unter dem Begriff „open innovation“ eingereichte Antworten auf global ausgeschriebene Problembeschreibungen. Dem deutschen und europäischen Mittelstand fehlt ein entsprechendes Instrument und ein Zugriff zu globalen Wissen.
- **Material, Energie, Rohstoffe und Komponenten** zur Innovationsrealisierung. Je nach Problemstellung kann dies beträchtliche Kosten verursachen. Eine Kooperation mit Industrie und Forschungseinrichtungen ist daher wünschenswert.
- **Kapital** zur Finanzierung des Innovationsprozesses. Das sogenannte „Risikokapital“ wird vielfach erst in der späteren Umsetzungsphase und nicht zur Risikoabsicherung in der Anfangsphase des Innovations-

prozesses eingesetzt. Dies hat zur Folge, dass zu wenig auswertbare Innovationsoptionen insbesondere im Klima- und Umweltbereich entwickelt werden und in Anlehnung an das Bild eines fahrenden Musikwagens nur wenigen kommerziell interessant erscheinenden Innovationen gefolgt wird.

- **Investivarbeit**, kreative Arbeit in Innovationsprozesse. Investivarbeit kann bezahlt oder unbezahlt mit entsprechender Beteiligung am späteren Erfolg eingebracht werden. Angesichts absehbarer gravierender Klima- und Umweltprobleme und in Zeiten hoher Staatsverschuldung ist es an der Zeit, dass auch die Bürger aktive Beiträge zur Lösung der Probleme beitragen. Aufgabe der Politik ist es, hierzu Motivationen und geeignete Rahmenbedingungen zu entwickeln.

Innovationsprozesse finden in einem gesellschaftlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Umfeld statt, die entscheidend auch deren Ablauf beeinflussen. Die Nutzung mit eigenem Engagement und Kapital erarbeiteter Erkenntnisse setzt dabei einen wirksamen, auch rechtlich einheitlich in Europa durchsetzbaren Schutz voraus. Die „Mogelpackung“ des derzeitigen territorial nicht einheitlich geltenden Europapatents erfüllt diese Bedingung nicht, was dazu führt, dass oft Innovationen nicht umgesetzt werden, weil die Risiken einer Markteinführung in einem kleinen geschützten Markt zu groß sind. Bedauerlicherweise stehen derzeit einer Reform des europäischen Patentrechts und einer erfolgreichen Neuorientierung des produzierenden Gewerbes gravierende Defizite entgegen, die im Vergleich mit dem außereuropäischen Ausland, das wie z.B. die USA und China, die über territorial einheitlich wirkende Schutzrechte verfügen, auf selbstverschuldeten Versäumnissen und Lücken im europäischen Innovationssystem beruhen.

Das Fehlen einer abgestimmten europäischen Innovations- und Wirtschaftspolitik, unzureichende abgestimmte Abwehrmaßnahmen gegen

Industriespionage, Datenklau und Cyberattacken sind weitere offene Flanken, die nachdenklich stimmen. Die Entwicklung neuer technischer Bereiche, die Europa wieder eine Führungsrolle im internationalen Wettbewerb sichert, ist mit dem derzeit zur Verfügung stehenden Kapital und der Anzahl der in Forschung und Entwicklung eingesetzten kreativen Menschen in der Industrie und Wissenschaft nicht erreichbar. Damit scheint eines klar: Eine Fortschreibung der derzeitigen Verhältnisse wird nach Auffassung des Autors längerfristig zu einem nicht mehr korrigierbaren europäischen Innovationsdesaster und damit zu einem Verlust an Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Stellung Europas führen.

Zusammenfassung

Die Konzentration auf gegenwärtige akute Probleme und Bedürfnisse der Bevölkerung zeitigen zwar beruhigende kurzfristige Lösungen, haben aber den Blick für längerfristige Entwicklungen verstellt. Die massiven Preissteigerungen für Energie und Rohstoffe haben dazu geführt, dass Europa seine Wettbewerbsfähigkeit in energie- und rohstoffintensiven Bereichen verloren hat. Eine Wiedererlangung erscheint fraglich, da künftig eine Konkurrenz mit den industrialisierten Ländern entsteht, die über eigene oder zugelierte „billige“ Energie und Rohstoffe verfügen können. Die Wiedererlangung einer führenden Rolle Deutschlands und Europas im internationalen Wettbewerb erfordert die Entwicklung einer abgestimmten europäischen Innovations- und Wirtschaftspolitik, grundlegende Reformen zum Schutz des eigenen geistigen Eigentums sowie einen massiv verstärkten Kapital- und Personaleinsatz kreativer Bürger zur Entwicklung aussichtsreicher neuer Technologiefelder und zur Lösung anstehender Klima- und Umweltprobleme. Die Politik ist aufgerufen hierzu geeignete Motivationen zu entwickeln.

Unser Motto: **„Lieber heute DABEI als morgen zu spät“.**

■ *Senator h.c. Dr. Wolfgang Heidrich*
(DABEI-Vorstandsvorsitzender)